

14. Informationen aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung und Vorbereitung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses
15. Sonstiges

II.Nichtöffentlicher Teil:

1. Kinder- und Jugendnotdienst: Zusammenarbeit zwischen dem EJF gAG und dem Landkreis Oder-Spree

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wird hybrid durchgeführt. Frau Buhrke übernimmt die Sitzungsleitung, da Herr Wende nicht anwesend ist. Frau Buhrke stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 10 Mitglieder zu Beginn der Sitzung des Jugendhilfeausschusses in Präsenz und zwei Mitglieder per Videokonferenz anwesend. Aufgrund von Tonproblemen beginnt die Sitzung um 17:10 Uhr.

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Krüger informiert, dass der TOP 7 „Informationen zu den Angeboten nach § 22 i.V.m § 16 SGB VIII: Eltern-Kind-Zentren“, aufgrund des Ausfalls von Frau Kleinert, entfällt. Sie schlägt vor, hier die Tischvorlage zu der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII einzufügen. Die Mitglieder stimmen dem einstimmig zu.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2022

Es gibt keinen Einwand zu dem oben genannten Protokoll. Somit ist das Protokoll einstimmig bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Information zum Kompaktbericht Frühkindliche Bildung

Frau Wollschläger stellt die Präsentation zu dem Kompaktbericht Frühkindliche Bildung vor (Anlage 1 - Präsentation Kompaktbericht und Anlage 2 - Kompaktbericht frühkindliche Bildung).

Frau Kupetz steht ebenfalls für Fragen zur Verfügung.

Herr Wuttke stellt die Nachfrage, ob es beim Thema Rückstellungen Unterschiede zwischen dem ländlichen und städtischen Bereich gibt. Frau Wollschläger bejaht das, da in den Städten mehr Kinder wohnen als in den ländlichen Kommunen. Daher sind in den Städten mehr Befunde festzustellen. Interessierte Kommunen sollen hierfür eine Einzelaufstellung bekommen. Frau Radig fragt, welche Handlungsempfehlungen daraus abgeleitet werden sollen. Frau Wollschläger erläutert, dass es in erster Linie darum geht, die Daten zur Verfügung zu stellen. Es ist al-

lerdings eine Bildungskonferenz geplant, bei der die Ergebnisse mit Experten aus diesem Bereich diskutiert werden sollen.

Zu TOP 5 Information zur Arbeit der Erziehungs- und Familienberatungsstelle des Landkreises Oder-Spree

Frau Adrian stellt die Arbeit der Erziehungs- und Familienberatungsstelle anhand einer Präsentation vor (Anlage 3 - Präsentation EFB LOS).

Frau Scheufele stellt die Nachfrage, ob es bisher Schnittstellen zum Thema Suchtprävention im Landkreis Oder-Spree gab. Frau Adrian antwortet, dass es in dem Bereich wenige Kooperationen gibt, da das Thema Sucht bei den Familien, welche die Erziehungs- und Familienberatungsstelle des Landkreises besuchen, nicht präsent ist. Frau Lehmann beantragt Rederecht und bekommt es von Frau Buhrke erteilt. Frau Lehmann fragt nach, ob die Erziehungs- und Familienberatungsstelle bei den Beratungen auch mit pro familia zusammenarbeitet. Frau Adrian bejaht das.

**Zu TOP 6 Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII - Änderung
Vorlage: 034/2022**

Herr Gorran stellt die Änderungen der Richtlinie vor und erläutert diese.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die geänderte „Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII“ vom 01.01.2021 mit Wirkung ab 01.07.2022.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 7 Informationen zu den Angeboten nach § 22 i.V.m § 16 SGB VIII: Eltern-Kind-Zentren - entfällt

Der TOP 7 entfällt.

Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0

Zu TOP 8 Informationen zu den Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit §§ 11, 12, 13 SGB VIII im Landkreis Oder-Spree in den Sommerferien

Frau Christiani informiert über die Landesrichtlinie RL-Aktionsprogramm Freizeit und Ferien. Auf Grundlage dieser Richtlinie werden dem Landkreis Oder-Spree im Jahr 2022 85.636 € und im Jahr 2023 57.091 € zur Verfügung gestellt. 90% einer geplanten Maßnahme sollen, laut Richtlinie, von diesem Geld gefördert werden. Die restlichen 10% werden aus Eigenmitteln vom Antragsteller zur Verfügung gestellt. Hier wurde eingerichtet, dass diese 10% aus den vom Landkreis zur Verfügung gestellten Geldern gezahlt werden können.

Insgesamt wurden alle Mittel beantragt. Das Antragsvolumen liegt bei 144.000 €. Alle Anträge konnten Beschieden, aber nicht mit der vollständig beantragten Summe bestätigt werden. Es wurden ca. 30 Anträge mit hoher inhaltlicher Vielfalt, von Tagesaktionen, Wochenprojekten, Ferienfahrten bis hin zur Ausstattung, gestellt.

Ebenfalls berichtet Frau Christiani von der landkreiseigenen Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit im LOS. Im Rahmen dieser Richtlinie sind diverse Tagesangebote in den Ferien geplant. Alle 30 Träger von Jugendeinrichtungen und -räumen planen Tagesangebote und Ferienfahrten. In den Sommerferien finden 27 Ferienfahrten, in den Osterferien 5 und in den Herbstferien 3 Fahrten statt.

Zu TOP 9 Informationen der Verwaltung des Jugendamtes

Herr Lampert informiert, dass der Landkreis Dahme-Spreewald ebenfalls eine evakuierte Pflegefamilie aus der Ukraine aufgenommen hat. Der Landkreis Oder-Spree wird demnächst seine dritte Gruppe aufnehmen. Die erste Gruppe war eine Pflegefamilie im Umfang von 13 Personen. Danach folgte eine 43-köpfige Fluchtgruppe. Die dritte Gruppe wird voraussichtlich mit 14 Personen eintreffen. Parallel dazu ist die Bundesregierung mit Ihrer Bundeskoordinierungsstelle gestartet, um die Verteilung der Gruppen vorzunehmen. Es gab eine Abfrage vom Städte- und Gemeindebund zum Thema Integration in Kita und Schulen in Brandenburg. Es wurden die Belegungsquoten und die Anzahl an freien Plätzen abgefragt. Insgesamt meldeten 1.018 Kitas mit 119.000 Plätzen folgende prozentuale Anteile an freien Plätzen zurück: Krippenbereich 3,6%, Kindergarten 3,1% und Hort 6,9%.

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport nahm eine Neuordnung im Haus vor. Der Kitabereich hat sich zweigeteilt. Zum einen gibt es nun das Referat 22 „Rechtliche Rahmenbedingungen, Finanzierung der Kindertagesbetreuung und Umsetzung investiver Programme“, mit Frau Paepke als Leitung. Zum andere übernimmt Frau Stobbe die Leitung des Referat 23 „Qualitätsentwicklung und –monitoring in der Kindertagesbetreuung, sozialpädagogische Berufe der Kinder- und Jugendhilfe, Praxisunterstützung Kita, Landeskitaplan“. Des Weiteren leitet Frau Wagner nun das Referat 26 „Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfe, in Wohnheimen und Internaten“. Frau Kronemann ist weiterhin für den Landkreis Oder-Spree zuständig. Ihre Vertretung ist nun Frau Kröpp.

Frau Christiani berichtet, dass am 11.05.2022 im Helios Klinikum in Bad Saarow die Auftaktveranstaltung für das Projekt „Babylotsen“ in der Geburtsklinik stattfand. Die Diakonie ist der Projektträger und somit auch Anstellungsträger. Herr Vierus ist hierbei der Fachvorgesetzte von der Lotsin Frau Eileen Czicha. Sie wird sich bei gegebener Zeit vorstellen. Frau Kleinert griffte mit diesem Projekt die Bedarfe der Eltern auf, welche sich vor und nach der Geburt Unterstützung wünschten. Mit Mitteln aus „Aufholen nach Corona“ ist hier die Anschubfinanzierung erfolgt. Die Anschlussfinanzierung läuft über den Patentgeber Seeyou, mit Sitz in Hamburg.

Am 26.04.2022 wurde ein Fachtag für das Programm „Angebote für Kinder im Grundschulalter und deren Eltern“ durchgeführt. Das Programm gibt es seit drei Jahren. Es wurden vorab mit allen Projekten Gespräche geführt, dessen Ergebnisse gebündelt und an diesem Fachtag präsentiert wurden. Anschließend wurden dies mit den anwesenden Fachkräften, Anstellungsträgern sowie mitfinanzierenden Kommunen diskutiert. Aktuell befasst sich eine interne Gruppe mit der Nachbereitung des Fachtages. Diese Ergebnisse werden dann im Unterausschuss Jugendhilfeplanung präsentiert.

Zu TOP 10 Stand zur Vorbereitung der Klausurtagung im September 2022

Frau Buhrke informiert, dass die Klausurtagung am 29.09.2022 von 16.00-20.00 Uhr in der Aula des Carl-Bechstein-Gymnasiums in Erkner stattfinden wird. Es wird thematisch um die SGB VIII-Reform gehen. Der Klausurtagung wird am 26.8.2022 von 14-17 Uhr ein Webinar, mit dem Thema „Überblick über die wesentlichen Änderungen und Neuregelungen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG)“, vorgeschaltet. Das Webinar ist für alle Kreistagsabgeordneten geöffnet und wird von Frau Bauer vom Paritätär geführt. Die Einladung zum Webinar wird im Sommer an alle Fraktionen verschickt.

Zu TOP 11 Nachbereitung des Fachdialoges zum Thema Fachkräftegewinnung

Frau Buhrke berichtet, dass die erste Veranstaltung zu dem Thema am 08.04.2022 stattgefunden. Herr Völker hat diese moderiert. Anwesend waren Vertreter der Fachschulen, der Träger sowie Mitarbeiter des Jugendamtes und Herr Wende als Vertreter des Jugendhilfeausschusses. Zu Beginn konnten Fragen, welche man an die anderen Stellen hat, gestellt werden. Dieser Part hat, aufgrund des hohen Bedarfes, sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Es wurden ebenfalls Themen priorisiert, an denen weitergearbeitet werden soll. Daher wurde ein Folgetermin vereinbart. Dieser findet am 13.05.2022 statt. Die Ergebnisse dieses Termins werden dann im Ausschuss vorgestellt. Herr Lampert fügt hinzu, dass an dem Folgetermin ebenfalls Herr Kriegel vom Jobcenter sowie die Agentur für Arbeit teilnehmen werden.

Zu TOP 12 Information zum Stand der Umsetzung der SGB VIII-Reform

Herr Lampert zeigt eine Übersicht zu wichtigen Paragraphen der SGB VIII-Reform (Anlage 4 - Übersicht SGB VIII), welche im Ausschuss behandelt werden können. Er schlägt vor, nach der Sommerpause mit dem § 4a SGB VIII zum Thema Selbstvertretung zu beginnen. Aufgrund der heutigen langen Tagesordnung, wird kein Inhalt der SGB VIII-Reform vorgestellt. Es soll geklärt werden, wie und in welchem Umfang zu diesem Tagesordnungspunkt berichtet wird.

Frau Scheufele befürchtet eine Doppelstruktur, da sich bereits viele Träger mit den Themen der SGB VIII-Reform tiefgreifend beschäftigen. Dennoch hält sie es für unabdingbar, den politischen Raum miteinzubeziehen.

Frau Radig äußert den Wunsch, die Ausgestaltung der inklusiven Kindertagesbetreuung zu thematisieren. Herr Schröder schlägt vor, diese Themen außerhalb des Ausschusses zu behandeln, da die Tagesordnungen mit vielen Informationspunkten gefüllt sind. Um gezielt auf die Themen einzugehen, schlägt er vor, dass sich die Mitglieder des Ausschusses bereits vor der Sitzung mit den inhaltlichen Änderungen beschäftigen.

Herr Lampert bringt dem gegenüber, dass es einen informativen Erstaufschlag in Form eines Dokumentes geben kann. Anschließend können die Mitglieder des Ausschusses entscheiden, welche Themen genauer diskutiert werden müssen. Frau Radig bringt ein, dass der § 22a SGB VIII definitiv eingebracht werden muss. Herr Lampert stimmt dem zu und erläutert, dass gerne weitere, für die Mitglieder wichtige Paragraphen genannt werden können. Frau Krüger bringt ein, dass das Thema der Inklusion ebenfalls behandelt werden sollte. Es sollte geschaut werden, was die gesetzliche Forderung ist und wie man diese im Landkreis umsetzen kann. Dieses Thema könnte in den Beschluss der nächsten Kitabedarfsplanung mit dem Fortschreibungszeitraum 2024-2028 eingebettet werden. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass ebenfalls in der Klausurtagung geschaut werden kann, wie mit welchen Themen umzugehen ist.

Frau Herwig informiert, dass demnächst die landkreisweite Unterarbeitsgruppe der Hilfen zur Erziehung tagt. Hier werden mit Frau Kronemann die Änderungen der SGB VIII-Reform diskutiert. Frau Herwig schlägt vor, dass die Träger anschließend gemeinsam folgende Themen in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung bringen: Was hat sich geklärt? Welche Fragen sind offengeblieben? Wie müssen wir damit im Landkreis umgehen? Frau Buhrke unterstützt diese Vorgehensweise.

Zu TOP 13 Information zur Umsetzung der Kita-Rechtsreform

Herr Lampert informiert zu der Aussetzung der Kita-Rechtsreform. Am 30.03.2022 veröffentlichte das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in einer Pressemitteilung die Aussetzung der Reform. Der Landkreis Oder-Spree hat sich zweieinhalb Jahre in allen sechs Arbeitsgruppen zur Ausgestaltung der Kita-Rechtsreform beteiligt. Die Gründe für die Aussetzung seien folgende:

- „die für die Begleitung und Umsetzung dieser Reform des Kindertagesstättenrechts notwendigen Ressourcen stehen in den Landkreisen bzw. den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe derzeit nicht zur Verfügung“
- „Belastungen der Landkreise durch die Corona-Pandemie und aktuell durch die Folgen des Ukraine Kriegs“

Des Weiteren gab es Signale vom Land, dass jede Qualitätsverbesserung im Rahmen der Reform in der Finanzierung der Landkreise liegen würde. Zu Beginn der Kita-Rechtsreform wurde Kostenneutralität für die Landkreise versprochen. Den Landkreisen liegt ebenfalls kein Referentenentwurf vor. Die Landräte entschieden sich gemeinschaftlich, den Landkreistag zu beauftragen, eine Grenze in Richtung der Landesebene zu ziehen, um die Verwaltungen sowie finanziell als auch kapazitär zu schützen. Der Landrat Herr Lindemann ist dennoch bereit, sobald bestimmte Inhalte aufgegriffen werden, den Prozess wieder konstruktiv mitzugestalten.

Herr Lampert betont noch einmal, dass die Kita-Rechtsreform nicht abgesagt, sondern vom Ministerium ausgesetzt ist. Somit wird sie nicht mehr in der jetzigen Legislaturperiode umgesetzt. Das Ministerium erarbeitet im Moment ein Konzept zur Ergebnissicherung.

Frau Radig wirbt dafür, hier im Kreistag ein parteiübergreifendes Bündnis im Interesse der Kinder zu suchen. Es sollte deutlich gemacht werden, dass es ein Kitarecht braucht, welches nicht Ressourcen von Erwachsenen bindet, die sich mit unterschiedlichsten Rechtsgrundlagen zu den Beitragsberechnungen auseinandersetzen müssen. Es sollte Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit sichern. Frau Scheufele spricht sich ebenfalls dafür aus, zu einem gemeinsamen Beschluss zu kommen und den Städte- und Gemeindebund sowie den Landkreistag von der Wiederaufnahme zu überzeugen. Sie betont, dass die Überlastung der Landkreise endet, wenn die Reform da ist. Somit stelle der jetzige Aufwand eine Investition da. Herr Thieme erläutern, dass immer mehr Aufgaben, vor allem im Bereich Bildungsauftrag, auf die Kitas, bei gleichbleibenden Personalschlüssel, verteilt werden. Es sei daher nicht möglich, eine Qualitätsverbesserung kostenneutral zu gestalten. Er appelliert ebenfalls, diesen Prozess wiederaufzunehmen.

Zu TOP 13.1 Beratung: Reform des Kita-Rechts in Brandenburg Vorlage: 14/DIE LINKE/2022

Frau Scheufele äußert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesen Antrag unterstützt. Frau Radig schlägt vor, einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut zu stellen:

Änderungsvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree fordert den Landrat auf, die Kommunalen Spitzenverbände aufzufordern, den Dialog zur umfassenden Kitarechtsreform fortzusetzen. Es ist dringend geboten, das neue Kindertagesstätten Gesetz des Landes Brandenburg bis zum 01.08.2024 in Kraft zu setzen.

Es wird die Zustimmung zum Änderungsantrag abgestimmt.

einstimmig zugestimmt

Anschließend wird der Antrag der Fraktion Die Linken abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree fordert die Landesregierung auf, den Prozess zur umfassenden Reform des Kita-Rechts in Brandenburg umgehend fortzusetzen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 14 Informationen aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung und Vorbereitung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Buhrke erläutert, dass die wichtigsten Punkte bereits im Verlauf der Sitzung bekannt gegeben wurden. Zusätzlich berichtet sie, dass es eine Gesprächsrunde mit den Sprechern der AG's nach § 78 SGB VIII gab. Hier wurden folgende Punkte geklärt: Welche gegenseitigen Erwartungen haben wir für die Zusammenarbeit? Wie können die AG's effizienter und zufriedensstellender Themen in den Ausschuss einbringen? Im Juni wird es eine weitere Gesprächsrunde geben. Diese Ergebnisse sollen in der Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 01.09.2022 zurückgespielt werden.

Zu TOP 15 Sonstiges

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Anmerkungen.

Barbara Buhrke
Stellv. Vorsitzende des
Jugendhilfeausschusses

Anna-Lena Geike
Schriftführerin